

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Hermann Gröhe, Dr. Christian Ruck, Rainer Eppelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/921 –**

**zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung
Zukunft sichern – Globale Armut bekämpfen**

A. Problem

Unterdrückung der Opposition in Kuba.

B. Lösung

Annahme des Antrags in einer vom Ausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht ermittelt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag – Drucksache 15/921 – mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. Im ersten Satz des zweiten Absatzes werden die Wörter „die Unterdrückung des kubanischen Volkes mit allen Mitteln und unverminderter Härte fortsetzen will“ gestrichen und durch die Wörter „nicht bereit ist, elementare Menschenrechte zu achten“ ersetzt;
2. der 3., 4. und 5. Spiegelstrich mit dem Text
 - „– sich dafür einzusetzen, dass Kuba nicht in die Gruppe der AKP-Staaten aufgenommen wird, solange die Einhaltung der Menschenrechte in Kuba nicht gewährleistet ist;
 - die staatliche bilaterale Entwicklungsarbeit einzustellen und dafür die Unterstützung von Projekten von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen zu verstärken;
 - Schritte, die vom Regime Fidel Castros als Ermutigung oder Zustimmung der menschenverachtenden Regierungspolitik aufgefasst werden können, in Zukunft zu unterlassen;“werden gestrichen;
3. im vorletzten Spiegelstrich werden die Wörter „die kubanische Regierung dazu zu bringen“ durch die Wörter „auf die kubanische Regierung einzuwirken“ ersetzt.

Berlin, den 4. Juni 2003

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Karin Kortmann
Berichterstatlerin

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Karin Kortmann, Peter Weiß (Emmendingen), Hans-Christian Ströbele und Markus Löning

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag – Drucksache 15/921 – in seiner 43. Sitzung am 8. Mai 2003 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Entschließungsantrag am 4. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag am 4. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP in der vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geänderten Fassung angenommen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 16. Sitzung am 4. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Entschließungsantrags in einer geänderten Fassung zu empfehlen. Der entsprechende Änderungsantrag wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, die Hoffnung der Bundesregierung, einen Wandel durch Zusammenarbeit herbeiführen zu können, sei gescheitert. Gegenüber Kuba müsse deutlich gemacht werden, dass Deutschland zwar weiterhin bereit sei, das Land selbst und diejenigen Kräfte, die für eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung eintreten, zu unterstützen, nicht jedoch das archaische System eines alternden und greisen Diktators. Dem von der Fraktion der SPD vorgelegten Änderungsantrag könne nicht zugestimmt werden. Er laufe darauf hinaus, Kernpunkte des Entschließungsantrags zu streichen. Die Beendigung der staatlichen bilateralen Zusammenarbeit und die stärkere Unterstützung von Projekten der Kirchen, der

Nichtregierungsorganisationen und der politischen Stiftungen wäre sachgerecht gewesen.

Die SPD halte es für außerordentlich wichtig, dass sich der Deutsche Bundestag zu den Menschenrechtsverletzungen in Kuba äußert. Es entspreche auch der Politik der Bundesregierung, die immer wieder bei verschiedenen Gelegenheiten Menschenrechtsverletzungen in Kuba angeprangert habe. Wenn es darum gehe, auf eine Veränderung des Regimes hinzuwirken, dürfe auf den Dialog nicht verzichtet werden. Die gute Arbeit von Kirchen, Nichtregierungsorganisation und politischen Stiftungen könne durch bilaterale staatliche Gespräche und auch durch die Entwicklungszusammenarbeit besser zum Tragen kommen. Die im ursprünglichen Entschließungsantrag dargelegte Auffassung, die Bundesregierung habe Schritte unternommen, die vom Regime Fidel Castros als Ermutigung oder Zustimmung der menschenverachtenden Regierungspolitik aufgefasst werden könnten, sei mit Nachdruck zurückzuweisen. Die Frage, ob Kuba in die Gruppe der AKP-Staaten aufgenommen werden solle, habe sich erledigt, da Kuba seinen Aufnahmeantrag zurückgezogen habe. Aus diesen Gründen lege die Koalition einen Änderungsantrag vor.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legte dar, die jüngsten Ereignisse auf Kuba seien nicht nur mit völligem Unverständnis, sondern teilweise mit Entsetzen aufgenommen worden. Dies gelte insbesondere für die vorgenommenen Hinrichtungen. An der staatlichen Zusammenarbeit solle gleichwohl festgehalten werden, da, wie auch die deutsche Geschichte zeige, sich gerade so Möglichkeiten ergäben, die friedliche und demokratische Opposition zu unterstützen.

Die Fraktion der FDP begrüßte den Entschließungsantrag der CDU/CSU. Es sei richtig, dass sich der Deutsche Bundestag deutlich zu den Vorgängen auf Kuba äußere. Der einzige Punkt, bei dem die Fraktion der FDP Bedenken gehabt habe, sei hinfällig geworden, da Kuba seinen Antrag auf Aufnahme in die Gruppe der AKP-Staaten zurückgezogen habe. Die Fraktion der FDP stimme deshalb dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zu. Dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion stehe die Fraktion der FDP mit Unverständnis gegenüber. Es gebe keinen Anlass, die Formulierungen weicher und milder zu fassen. Menschenrechte seien unteilbar.

Berlin, den 4. Juni 2003

Karin Kortmann
Berichterstatlerin

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatler

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatler

Markus Löning
Berichterstatler

